



PH, CVP Schweiz, Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern

Eidgenössische Finanzverwaltung  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Bern, 31. Mai 2010

## **Vernehmlassung: Konsolidierungsprogramm 2011-2013 für den Bundeshaushalt (KOP 11/13) und Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. April haben Sie uns eingeladen, zum Konsolidierungsprogramm 2011-2013 für den Bundeshaushalt und zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

### **Allgemeine Bemerkungen zum Konsolidierungsprogramm 2011-2013**

Wie die aktuellen Entwicklungen in Griechenland und anderen Ländern deutlich vor Augen führen, ist ein gesunder Staatshaushalt von grösster Bedeutung für die finanzpolitische Führung und das friedliche Zusammenleben in einem Land. Die Schweiz weist derzeit, international betrachtet, eine vergleichsweise tiefe Verschuldungsquote aus. In den letzten Jahren ist es der Schweiz sogar gelungen, einen Teil ihrer Schulden abzubauen. Zu verdanken ist dies vor allem der konsequenten Orientierung der bürgerlichen Politik an der 2003 eingeführten Schuldenbremse. Aus Sicht der CVP wäre es fatal, diesen Standortvorteil nun fahrlässig preiszugeben. Im Sinne einer finanzpolitisch vernünftigen und zukunftsgerichteten Politik, aber auch im Sinne der Generationengerechtigkeit, unterstützt die CVP im Grundsatz das vorliegende, vom Bundesrat für die Jahre 2011-2013 ausgearbeitete Konsolidierungsprogramm (Bundesgesetz über das Konsolidierungsprogramm 2011-2013). Der gegenüber dem Finanzplan zur Einhaltung der Schuldenbremse ausgewiesene Mehrbedarf von jährlich rund 1.5 Milliarden Franken sollte dadurch bereinigt werden können.

Positiv beurteilt die CVP insbesondere den ausgabenseitigen Konsolidierungsansatz des Bundesrates. Nach den kürzlich vom Parlament beschlossenen Steuererleichterungen hätte ein einnahmenseitiger Ansatz kontraproduktiv gewirkt. Seltsam mutet es hingegen an, wenn der Bundesrat die Kompensation vorgezogener Investitionen, Teuerungskorrekturen und die Minderausgaben bei den Passivzinsen als zentrale Bestandteile dieses „Sparprogrammes“ vorgibt. Diese Korrekturmassnahmen sind aus Sicht der CVP selbstverständlich und gehören

Christlichdemokratische Volkspartei

Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern  
T 031 357 33 33, F 031 352 24 30,  
info@cvp.ch, www.cvp.ch, PC 30-3666-4

eigentlich nicht in ein Sparprogramm. Schliesslich soll darauf hingewiesen werden, dass das Konsolidierungsprogramm mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwingend konform sein muss. Reine Lastenabwälzungen vom Bund an die Kantone lehnt die CVP entschieden ab.

## **Bemerkungen zu Sparmassnahmen in einzelnen Aufgabengebieten**

### Bildung und Forschung

Bildung und Forschung sind die wichtigsten Ressourcen unseres Landes. Sie schaffen Perspektiven für alle, fördern das Wachstum unserer Wirtschaft und verhindern Arbeitslosigkeit. Die Schweiz hat ihren Wohlstand vor allem ihrer hohen Bildungsqualität und Innovationskraft zu verdanken. Dieses Privileg darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Verschiedene geplante Sparmassnahmen in diesem Bereich, insbesondere die vorgeschlagenen Kürzungen für den ETH-Bereich, für die strategischen bzw. infrastrukturellen Kooperations- und Innovationsprojekte im Hochschulbereich sowie bei den Overhead-Beiträgen stehen im Widerspruch zur schweizerischen Standortförderung. Eine „Stop-and-Go“-Politik im Bereich der Bildung und Forschung gilt es unbedingt zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund verlangt die CVP, auf Sparmassnahmen im Bereich der Bildung und Forschung möglichst zu verzichten.

### Regionaler Personenverkehr

Ebenfalls grosse Vorbehalte hegt die CVP was die vorgeschlagenen Sparmassnahmen im Bereich des Regionalen Personenverkehrs betrifft. Die beabsichtigte Erhöhung der abgeltungsberechtigten Mindestnachfrage hätte die Schliessung von rund 160 Regionalverkehrslinien in der ganzen Schweiz zur Folge. Die CVP setzt sich seit jeher für einen starken Service public und eine ausreichende Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ein. Das mit einer solchen Massnahme verbundene Sparpotential von rund 15 Millionen Franken steht in keinem Verhältnis zum regional- und volkswirtschaftlichen Schaden, welcher damit verbunden wäre. Die CVP lehnt die geplanten Sparmassnahmen im Bereich des Regionalen Personenverkehrs deshalb ab.

### Landwirtschaft

Die Landwirtschaft leistet einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Nahrungsmittelversorgung unserer Bevölkerung. Ausserdem trägt die Landwirtschaft massgeblich zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Pflege der Kulturlandschaft und zur dezentralen Besiedlung der Schweiz bei. Diese gesellschaftlichen Leistungen sind für das Leben und Zusammenleben in unserem Land von grösster Bedeutung. Vor dem Hintergrund sich weltweit öffnender Märkte und eines damit einhergehenden Strukturwandels muss der Bereich der Landwirtschaft vom Konsolidierungsprogramm ausgenommen werden. Die CVP weist die vorgeschlagenen Sparmassnahmen im Bereich der Landwirtschaft entsprechend zurück.

## Umwelttechnologieförderung

Das Umweltschutzgesetz ermöglicht dem Bund, die Entwicklung von Anlagen und Verfahren zu fördern, mit denen die Umweltbelastung im öffentlichen Interesse vermindert werden kann. Der Bundesrat beabsichtigt nun, im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes zukünftig auf diesen Anteil des Bundes an der Umwelttechnologieförderung zu verzichten. Die CVP ist sich bewusst, dass von privater Seite heute erhebliche Investitionen in die Entwicklung von Umwelttechnologien getätigt werden. Angesichts der hohen Bedeutung des Umweltschutzes und einer nachhaltigen Entwicklung erachtet die CVP die Streichung der Fördermittel des Bundes in diesem Bereich allerdings als eine unangemessene Massnahme. Entsprechend sollte darauf verzichtet werden.

## Weitere Bemerkungen

Die CVP ist einverstanden, aus Spargründen gewisse geplante Investitionen um einige Jahre zu verschieben. Wenig sinnvoll ist es allerdings, solche Investitionen zu verlegen, die sich praktisch schon in der Umsetzung befinden. Konkret sollte die Verschiebung des Neu- und Umbaus des Bundesstrafgerichts in Bellinzona, vor allem auch aus einer finanzpolitischen Warte, nochmals gründlich geprüft werden.

Für den Bereich des VBS wird vorgeschlagen, die Beiträge an die Empfänger von Fördermitteln des BASPO (z.B. Jugend + Sport) leicht zu kürzen. Eine solche Massnahme leistet keinen effektiven Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts, hat aber unter Umständen grosse Auswirkungen auf die sportliche Betätigung und die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung, insbesondere der Jugendlichen. Von solchen Sparmassnahmen hält die CVP deshalb wenig.

Zur Kompensierung der in diesem Kapitel dargelegten, sinnvollen Sparverzichte (im Umfang von rund 150 Millionen Franken pro Jahr) schlägt die CVP vor, beim Eigenbereich der Verwaltung Kürzungen von grösserem Umfang vorzunehmen als vom Bundesrat vorgeschlagen. Die CVP ist überzeugt, dass vor allem im Bereich des Beratungsaufwands und der Informatik noch weitaus mehr Sparpotential vorhanden ist. Die Bundesverwaltung gibt jährlich rund 600 bis 700 Millionen Franken für externe Experten und Beratungsdienstleistungen aus. Dies ist eindeutig zu viel. Was die Informatik der Bundesverwaltung betrifft, ortet die CVP zusätzliches Sparpotential insbesondere in der zweifelhaften Monopolstellung des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation (BIT) als Leistungsanbieter. Zur Kompensation gewisser Sparverzichte sollten für die CVP auch eine generelle Straffung und Reduktion der Ausgaben für die Prävention und die verbesserte Nutzung von Synergien (z.B. bei MeteoSchweiz) in Betracht gezogen werden. Schliesslich ist aus Sicht der CVP eine Kürzung der Ausgaben für den Erwerbssersatz (EO) der Zivildienstleistenden zumindest ernsthaft zu überprüfen (gleicher Erwerbssersatz wie für die Angehörigen der Armee). Im Rahmen der Budget-Beratung 2011 wird die CVP solche und weitere Anträge zur Kompensation der dargelegten Sparverzichte einreichen, um die Konformität mit der Schuldenbremse sicherzustellen.

## **Anmerkungen zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung**

Bereits 2003 hat die CVP-Fraktion eine Motion (03.3311, Effizienzpaket) eingereicht und den Bundesrat aufgefordert, dem Parlament ein „Effizienzpaket“ zu unterbreiten, das aus einer umfassenden Aufgaben- und Leistungsüberprüfung des Bundes hervorgeht. Obwohl die Motion anfangs 2005 überwiesen wurde, hat sich in den letzten Jahren wenig diesbezüglich ereignet. Mit dem Konsolidierungsprogramm einerseits und dem Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung andererseits hat der Bundesrat nun endlich konkrete kurzfristige Massnahmen vorgeschlagen und mögliche umfassendere Reformen für die lange Frist aufgezeigt. Nachdem die Positionen der CVP zum Konsolidierungsprogramm 2011-2013 bereits dargelegt wurden, folgen nun noch einige Anmerkungen zur längerfristigen Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung in einzelnen Aufgabengebieten.

### Politische Beziehungen zum Ausland / EDA

Die CVP begrüsst die vom Bundesrat geplanten mittelfristigen Reformen im Bereich der politischen Beziehungen zum Ausland. Durch die Bündelung der Zusammenarbeit der Schweizer Repräsentationen im Ausland, die Verstärkung der Zusammenarbeit mit Partnerstaaten (z.B. im Bereich der konsularischen Dienste) und die Überprüfung des Angebots diplomatischer und konsularischer Dienstleistungen erhofft sich die CVP einen deutlich effizienteren und wirksameren Mitteleinsatz.

Als Schein-Sparmassnahme und aufkommende Unsitte hingegen betrachtet die CVP die im EDA derzeit geplante Förderung der Frührentierung. Die Erfahrungen aus dem VBS haben klar gezeigt, dass dadurch nicht eigentlich gespart wird, sondern nur zusätzliche Kosten der Pensionskasse bzw. dem Bund, letztlich dem Steuerzahler, auferlegt werden.

### Landesverteidigung

Eine Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik der Schweiz, wie im Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung angetönt, erachtet die CVP als absolut notwendig. Leider sind die Ausführungen hierzu im Bericht äusserst vage. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass der Armeebericht aktuell noch immer nicht vorliegt, sieht die CVP weder Sinn noch Anlass, zum heutigen Zeitpunkt bereits Aussagen über konkrete Sparmassnahmen und Reformen zu machen. Der Bundesrat ist aufgefordert, endlich Transparenz zu schaffen. Ohne über den aktuellen Zustand der Armee ausreichend Bescheid zu wissen, erübrigt sich jede weitere Diskussion. Die CVP hat diese Haltung schon mehrfach bekräftigt (vgl. z.B. Interpellation der Fraktion 09.3993, Konzeptlose Hektik in der Armee).

### Gesundheit / Soziale Wohlfahrt

Im Gesundheitsbereich beschränkt sich der Bundesrat in seinen Ausführungen auf die Präventionspolitik. Damit wird den aktuellen grossen Herausforderungen in diesem Bereich viel zu wenig Rechnung getragen. Die CVP verlangt eine ganzheitliche Gesundheitsstrategie für die Schweiz, insbesondere eine umfassende Überprüfung der Zuständigkeiten und tatsächli-

chen Aktivitäten des Bundes und der Kantone auf diesem Gebiet (vgl. Motion der Fraktion 09.3801, Eine Gesundheitsstrategie für die Schweiz). Die geltende Kompetenzordnung gilt es einzuhalten. Die CVP fordert zudem vom Bundesrat die Festlegung einer ökonomischen Zieldefinition für die obligatorische Krankenversicherung (OKP): Die Entwicklung der Kosten, die von den Krankenkassen bezahlt werden, müssen der Entwicklung des Bruttoinlandproduktes entsprechen.

Bei der Sozialen Wohlfahrt nimmt der Bundesrat die 12. AHV-Revision ins Visier. Auch hier greift der Fokus zu kurz. Die Sicherung der Leistungen sämtlicher Sozialwerke gehört zu den grössten Herausforderungen der Zukunft. Die CVP erwartet folglich eine ganzheitliche Betrachtung und Analyse der Sozialwerke. Die gegenseitigen Wechselbeziehungen und Auswirkungen müssen ebenso analysiert werden wie die Auswirkungen auf den Bundeshaushalt. Zur nachhaltigen Stabilisierung der Staatsquote erscheint es unumgänglich, eine Regelbindung für die Sozialwerke zu schaffen, die sicherstellt, dass die jeweiligen Einnahmen und Ausgaben auf Dauer im Gleichgewicht sind.

### Verkehr

Die CVP unterstützt im Grundsatz die Ausführungen im Bericht zu den mittelfristigen Reformen in der Verkehrspolitik. Insbesondere teilt die CVP die bundesrätliche Absicht, den Verkehr zukünftig stärker verursacherfinanziert ausgestalten zu wollen (wobei der Bundesrat noch keine praxistauglichen Modelle zur Umsetzung präsentiert hat). Was der Bericht allerdings mit keinem Wort aufgreift, ist die Frage der Finanzierung. In keinem anderen staatlichen Aufgabenbereich ist die Finanzierung so kompliziert und intransparent geregelt wie beim Verkehr. Die derzeitige undurchsichtige Fonds-Spezialfinanzierung ist Gift für die Bereitschaft der Bürgerin bzw. des Bürgers, zusätzliche Aufwendungen für den Verkehr zu leisten. In diesem Sinne verlangt die CVP eine umfassende, sachliche Überprüfung der bestehenden Finanzierungslösungen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Christophe Darbellay      Sig. Tim Frey  
Präsident CVP Schweiz      Generalsekretär CVP Schweiz